Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

März 2020 Nr. 03· 16. Jahrgang

Brandenburger LINKE hat neue Spitze gewählt



Die 1. Tagung des 7. Landesparteitags der LINKEN Brandenburg fand am 22. und 23. Februar 2020 im uckermärkischen Templin statt. Der Landesparteitag wählte alle Gremien des Landesverbandes neu: den Landesvorstand, die Landesschiedskommission sowie die Landesfinanzrevisionskommission.

Ein wichtiges Ergebnis ist, dass die Brandenburger LINKE auch künftig eine weibliche Doppelspitze hat. Katharina Slanina ist seit dem 22. Februar neue Landeschefin nach Diana Golze, die nicht mehr angetreten ist. Anja Mayer bleibt Vorsitzende. Sie bekam beim Landesparteitag in Templin 79 Ja-Stimmen und 41 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen, das entspricht 61,7 Prozent Zustimmung. Vor fast zwei Jahren hatte sie noch 82,3 Prozent der Stimmen erhalten. Slanina erhielt 109 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen - das entspricht 85,2 Prozent. Sie ist Personalleiterin der Linken-Bundestagsfraktion. (Mehr siehe Seite 3). Foto:dpa

Demonstration "Für unsere Demokratie"

Aufruf des Bündnisses "Potsdam! bekennt Farbe"



Mit dabei waren u. a. Sophie Sumburane, Martina Trauth, Marlen Block (MdL) und Anita Tack (v.l.n.r.). Foto: Tom Berthold

Am 5. Februar 2020 wurde im Thüringer Landtag mit den Stimmen der rechtsextremen Fraktion der AfD, Mitgliedern der CDU und seiner eigenen FDP-Fraktion Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten gewählt. Damit war die Brandmauer, die die demokratischen Parteien um die AfD gezogen hatten, niedergerissen. Der seit 1945 bestehende demokratische antifaschistische Konsens war aufgegeben. 75 Jahre nach dem Ende des Holocaust greifen rechtsextreme Kräfte wieder nach der Macht. Die Thüringer AfD hat das erreicht, wozu sie bundesweit angetreten ist: das politische System der Bundesrepublik zu blockieren und zu destabilisieren. Noch am Abend des 5. Februar gingen in Thüringen, Brandenburg und vielen anderen Bundesländern Bürgerinnen und Bürger auf die Straße, um gegen diesen Rechtsrutsch zu demonstrieren und klar zu machen, dass die Mehrheitsgesellschaft den Grundkonsens des Antifaschismus nicht verlassen hat.

"Wir finden dieses Vorgehen unverantwortlich, es schadet unserer Demokratie und gefährdet das friedliche Miteinander", sagt Mike Schubert, Vorsitzender des Bündnisses "Potsdam! bekennt Farbe". Die Ereignisse in Thüringen sind längst kein spezifisches Thüringer Problem. Wenn die rechtsextreme AfD zum Steigbügelhalter für hohe politische Ämter wird, bedeutet dies einen Tabubruch, nämlich keine Bündnisse mit der AfD einzugehen. Gegen diesen Tabubruch heißt es öffentlich Farbe zu bekennen! Es geht uns auch in Brandenburg etwas an, denn auch Brandenburger Politiker begrüßten das Thüringer Wahlergebnis.

Die Vorsitzenden der LINKEN im Brandenburger Landtag, Kathrin Dannenberg und Sebastian Walter, unterstrichen: „ FDP und CDU haben ganz offenkundig auf ein solches Ergebnis gesetzt - das ist in jeder Hinsicht ein fundamentales Versagen als demokratische Parteien.

Dafür spricht auch, dass die beiden Parteien ihre überkommenen ideologischen Aversionen für wichtiger halten als das Votum der Wählerinnen und Wähler, die Bodo Ramelow und der LINKEN einen klaren Regierungsauftrag erteilt haben. Diese Entscheidung darf nicht der Anfang vom Ende der Demokratie in Deutschland werden! Was vor 90 Jahren in Thüringen mit der ersten Regierungsbeteiligung der NSDAP begann, darf sich nicht wiederholen!“

Das Bündnis hatte deshalb alle Potsdamerinnen und Potsdamer aufgerufen, am Dienstag, 11. Februar 2020, um 18 Uhr vor dem Brandenburger Landtag ganz klar zu sagen, dass wir in Brandenburg keine Thüringer Verhältnisse zulassen werden. „Erklären wir uns solidarisch mit allen demokratischen Kräften in Thüringen. Setzen wir ein deutliches Zeichen gegen Faschismus, Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit“, hieß es in dem Aufruf.

In dieser Ausgabe

2 LINKS kommentiert
Wahlen in Thüringen und Hamburg aus LINKER Sicht

3 LINKS intensiv
Landesparteitag in Templin/Brandenburger Frauenwoche 2020/Kurz notiert aus dem Landtag

4 LINKE Kalenderblätter
Kalenderblätter Monat März/ Internationaler Frauentag

5 LINKS IM RATHAUS
Orientierungsprobleme der CDU/Straßenschilder für Blinde/Bürgerbegehren EvB-Klinikum/Strandbad Babelsberg/Uferbeauftragter ausgeschrieben

6 LINKS DIREKT
Flüchtlinge brauchen unsere Menschlichkeit/Rund um die Miete/“Defender 2020“ –

7 gefährliche Provokation

8 DIE LETZTE SEITE
Berlinale-Nachlese im Filmmuseum/ Potsdamer Kinos/ Himmelfahrt und Literaturwettbewerb der Senioren

19. Potsdamer Ostermarsch

Am Sonnabend, 4. April 2020, Potsdam, Platz der Einheit - Kundgebung und Demonstration u. a. mit Norbert Müller MdB und dem "Friedenspanzer" der Linksfraktion im Bundestag

Informationen der Redaktion

Die nächste Ausgabe von „Potsdams anderen Seiten“ erscheint am Mittwoch, 1. April 2020. Redaktionsschluss ist dann am Montag 23. März.

ACHTUNG: Unsere Redaktion ist ab dem 1. April 2020 unter der neuen Telefonnummer 0176 32 79 36 59 zu erreichen.

Die Redaktion

IMPRESSUM
„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Martina Trauth, Roland Gehrmann** Vorsitzende. Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION: Bernd Martin (V.i.S.d.P.); **H. Jo. Eggstein, Layout, Renate Frenz,** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG.

Wir nennen das „Demokratischen Sozialismus“



Die aktuelle Lage in Thüringen scheint verfahren. Weder Rot-Rot-Grün noch die konservativ-neoliberalen Parteien verfügen über eine eigenständige Mehrheit. Bodo Ramelow war auf die Enthaltung einzelner CDU oder FDP-Abgeordneter angewiesen. Mit 44 Stimmen reichte es am Ende nicht.
Stattdessen bündelten CDU, FDP und AfD ihre Stimmen auf Thomas Kemmerich, einem Treuhandglücksritter aus Aachen. Dieser unheilige Pakt war weder Zufall und noch Unfall. Der gemeinsame Hass gegenüber einer Rot-Rot-Grünen Landesregierung mit einem linken Ministerpräsidenten war der Kleber ihres Bündnisses. Es war der kalkulierte Tabubruch, das erste Mal, dass den Stimmen der AfD Macht gegeben wurde. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ein Fanal von internationaler Bedeutung! Die Thüringer Ministerpräsidentenwahl an diesem historischen 5. Februar 2020 hat das politische System der Bundesrepublik verändert. Merkels harte Linie hat mit Kemmerichs erzwungenem Rücktritt zwar die große Koalition erhalten, aber der Richtungsstreit innerhalb der CDU um das Verhältnis zur AfD hat zum Rücktritt von Kramp-Karrenbauer als CDU-Vorsitzender geführt. Für die Union ist unklar, wie sie ihren Machtanspruch zukünftig erhalten will. Der Tabubruch in Thüringen kann eine politische Rechtsverschiebung der Konservativen auslösen. Damit wären Wahlbündnisse, Tolerierungen oder Koalitionen zwischen der CDU und der AfD wahrscheinlich. Die Stimmen aus Sachsen-Anhalt und Brandenburg mehren sich.
Der Einfluss von Faschist*innen auf reales Regierungshandeln wäre katastrophal. Außenpolitische Abschottung, innenpolitische Repression gegen Minderheiten und politische Gegner*innen sowie eine antisoziale Politik gegenüber breiten Teilen der Bevölkerung wären die Folgen. Um dies zu verhindern reicht es nicht, auf den Wiederaufbau abgerissener “Brandmauern” in der CDU zu hoffen.
Als LINKE müssen wir den Machtanspruch der Konservativen insgesamt infrage stellen und eine linke Gegenbewegung aufbauen.
Seit zwei Jahrzehnten verharrt unser Land im politischen Schlafwagen. Der Reform- und Investitionsstau ist allgegenwärtig. Unvorstellbarer Reichtum Weniger steht dem alltäglichen Existenzkampf der Vielen gegenüber. Jetzt ist die Zeit, das Wohl der einfachen Menschen ins Zentrum der Politik und des staatlichen Handelns zurückzuholen. DIE LINKE kämpft für eine solidarische und friedliche Welt, für Vernunft und Humanismus, für den Wiederaufbau öffentlicher Daseinsvorsorge und eine nachhaltige, gemeinwohlorientierte Ökonomie. Wir nennen das „Demokratischen Sozialismus“. Für eine solche Politik muss ein Bündnis aus SPD, Grünen und LINKEN jetzt die Machtfrage stellen und sich auf die Kanzler*innenschaft ab 2021 vorbereiten. Es ist unsere Aufgabe zu erklären, dass wir es ernst meinen, dass wir vorbereitet sind, dass wir Reformen schnell und spürbar angehen.
Nur gemeinsam können wir verhindern, dass die Zukunft unserer Gesellschaft von einem nationalkonservativen Projekt unter Kanzler Merz, Innenminister Höcke und Finanzminister Lindner bestimmt wird! Die Thüringer LINKE hat in aktuellen Umfragen nach den Entwicklungen des 5. Februar ganze 8 Punkte hinzugewonnen und liegt nun bei 39 Prozent. Zusammen mit der SPD und den Grünen besteht eine Mehrheit von 54 Prozent. Das ist die Brandmauer gegen den Faschismus. Das macht Mut!

Roland Gehrmann
Kreisvorsitzender
DIE LINKE. Potsdam

Auch Hamburg hat gut gewählt

Hamburg hat am Sonntag, 23. Februar 2020, gewählt. Die Hamburger Genoss*innen haben einen engagierten und anstrengenden Wahlkampf absolviert. Unterstützt wurden sie dabei u. a. durch die Parteivorsitzende Katja Kipping und Gregor Gysi bei Wahlkampfveranstaltungen. Umfragen sahen DIE LINKE bei bis zu 10 Prozent. Letzten Endes erreichten die Hambuger LINKEN das beachtliche Ergebnis von 9,1 Prozent.
Die sozial gespaltene Hansestadt ist nicht nur die Stadt der Millionäre, der edlen Einkaufsstraßen und der Elbphilharmonie, sondern auch der Kinderarmut, der explodierenden Mieten und des gigantischen Kohlekraftwerks Moorburg. Unter dem Motto „Wem gehört die Stadt? Das solidarische Hamburg von morgen erkämpfen!“ setzten die Hamburger Genoss*innen dabei auf die Themen, die den Menschen auf den Nägeln brennen: der Kampf gegen Armut, gegen Wohnungsnot und Pflegenotstand sowie für einen sozial gerechten Klimaschutz.



Brandenburger LINKE mit neuem Landesvorstand



Diana Golze gehörte zu den ersten Gratulantinnen für die Landesvorsitzenden Anja Mayer und Katharina Slanina (r.). Fotos:dpa

Am 22./23. Februar 2020 wählte DIE LINKE.Brandenburg im Rahmen der 1. Tagung des 7. Landesparteitags einen neuen Landesvorstand. Zum zweiten Mal wird DIE LINKE von einer weiblichen Doppelspitze geführt: Anja Mayer und Katharina Slanina.

Die LINKE-Vorsitzende Katja Kipping attackierte auf dem Parteitag die Bundes-CDU nach deren Ablehnung des Kompromisses der Thüringer CDU, Rot-Rot-Grün bis zu einer Neuwahl bei Projekten zu Mehrheiten zu verhelfen. „Liebe CDU, willkommen im Jahr 2020! Die westdeutschen Mehrheiten der Bonner Republik sind einfach vorbei“, sagte Kipping in Templin. Die CDU habe nicht verstanden, dass man im Osten - zum Beispiel in Thüringen - nicht an der LNKEN vorbeikomme, wenn man demokratische Mehrheiten wolle. Die Bundes-CDU hatte 2018 beschlossen, weder mit der LINKEN noch mit der AfD zusammenzuarbeiten.

Der Co-Fraktionsvorsitzende Sebastian Walter forderte die CDU Brandenburg dazu auf, sich zu entscheiden, auf welcher Seite sie stehe. In Velten (Kreis Oberhavel) hatte ein Antrag der Wählerinitiative Pro Velten auch Stimmen aus AfD, CDU und NPD bekommen. Die Landes-CDU hatte danach erklärt, daraus eine Zusammenarbeit mit der AfD zu konstruieren, sei absurd.

Die LINKE.Brandenburg dringt auf die Einführung eines Mietendeckels für bestimmte Regionen. Überall dort, wo ein Pendeln nach Berlin aufgrund der Verkehrsbedingungen möglich sei, seien die Mieten substanziell gestiegen, heißt es im Leitantrag, den der Parteitag mit großer Mehrheit bei fünf Enthaltungen beschloss. In diesen Regionen in Brandenburg werde ein Mietendeckel gebraucht, um Vermieter zu zügeln, die aus der Mietenkrise spekulativen Profit schlagen wollten. Am Sonntag, 23.02.2020, trat in Berlin der Mietendeckel in Kraft. Als erstes Bundesland friert Berlin die Mieten für fünf Jahre ein. Die rund 100 Delegierten legten zu Beginn des Landesparteitags eine Schweigeminute für die Opfer des Anschlags von Hanau ein. Sebastian Walter sagte, es sei wichtig, „dass von diesem Parteitag auch das Signal der Solidarität ausgeht“. Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden Martin Günther (Barnim) mit 74,8 Prozent und die Bundestagsabgeordnete Dr. Kirsten Tackmann (Ostprignitz-Ruppin) mit 89,0 Prozent gewählt. Neuer Landesschatzmeister wurde Mario Dannenberg (Oberspreewald-Lausitz), gewählt von 62,2 Prozent der Delegierten. Stefan Wollenberg (Potsdam) wurde als Landesgeschäftsführer von 72,4 Prozent der anwesenden Delegierten bestätigt.

Als weitere Mitglieder des Landesvorstandes wurden gewählt:

- Kathrin Härtel (Oberspreewald-Lausitz)
- Rita-Sybille Heinrich (Oder-Spree)
- Annekathrin Loy (Teltow-Fläming)
- Anne-Frieda Reinke (Uckermark)
- Anke Schwarzenberg (Lausitz)
- Sophie Sumburane (Potsdam)
- Tom Berthold (Frankfurt (Oder))
- Johannes Glander (Potsdam)
- Ronny Kretschmer (Ostprignitz-Ruppin)
- Stefan Ludwig (Dahme-Spreewald)
- Thomas-David Lühmann (Oberhavel)
- Stefan Roth (Potsdam-Mittelmark)

„Zurück in die Zukunft“

Fast 40 Veranstaltungen werden anlässlich der 30. Brandenburgischen Frauenwoche in der Landeshauptstadt Potsdam angeboten. Die Gleichstellungsbeauftragte Martina Trauth sowie die Geschäftsführerin des Potsdamer Frauenzentrums, Heiderose Gerber, haben das Programm für die Landeshauptstadt Potsdam vorgestellt. Die 30. Brandenburgische Frauenwoche findet in diesem Jahr vom 4. bis 22. März 2020 statt. Unter dem landesweiten Motto „Zurück in die Zukunft“ soll daran erinnert werden, was Frauen in den vergangenen 30 Jahren geleistet und erreicht haben. Der Fokus wird aber auch auf die Zukunft gerichtet: Wie soll die Gesellschaft aussehen, in der wir zukünftig leben? „Unsere Gesellschaft muss endlich verstehen, dass unsere Zukunftsfähigkeit auch davon abhängig ist, dass Frauen auf allen Ebenen gleichberechtigt sind. Das ist nicht nur eine Gerechtigkeitsfrage. Das stärkt auch unsere Demokratie, unsere Freiheit und unsere Menschenwürde“, sagt Martina Trauth. Das vielseitige Angebot bietet unter anderem einen Weiberfilmabend, Frühstück für Alleinerziehende mit Kinderprogramm, Ausstellungseröffnungen, Workshops zur beruflichen Neuorientierung, musikalische Weiberlesungen, Sportangebote, Frauensalons und Weiberkochabende, Fitnessboxen und Frauentanz in der „fabrik“. Ein Höhepunkt der diesjährigen Frauenwochen ist die Festveranstaltung zum Internationalen Frauentag am 8. März 2020 um 11 Uhr im Potsdamer Hans Otto Theater. Am Vorabend des Internationalen Frauentags lädt die Gleichstellungsbeauftragte zum Tanz in der „fabrik“ ein. Ab 21 Uhr legt dort am 7. März 2020 Potsdams charmantes DJane-Duo auf. Neben den genannten Veranstaltungen bietet die Landeshauptstadt Potsdam noch viele weitere Events, organisiert durch Potsdamer Vereine, Verbände und Institutionen. Das umfangreiche Programm zur 30. Brandenburgischen Frauenwoche liegt in gedruckter Form in vielen öffentlichen Einrichtungen aus und ist im Büro für Chancengleichheit und Vielfalt der Landeshauptstadt Potsdam erhältlich. Darüber hinaus ist es unter www.potsdam.de/kategorie/chancengleichheit abrufbar.



Martina Trauth mit Heiderose Gerber und Jana Mittag (v. l.) vom Potsdamer Frauenzentrum. Foto: Juliane Güldner

KURZ NOTIERT

Nach Hanau: Zusammenstehen gegen den rechten Terror

Zum rechten Terroranschlag in Hanau erklären die Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Landtag, Kathrin Dannenberg und Sebastian Walter: „Wir sind entsetzt und bestürzt über die rechtsterroristischen Morde, die sich letzte Nacht in Hanau ereignet haben. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen und Freunden der Opfer. Diese Tat ist auch die Folge einer Politik, die rechte Gewalt seit Jahren systematisch relativiert und kleinredet; eines gesellschaftlichen Klimas, in dem rassistische Hetze salonfähig wird und Hassreden im Internet immer weiter um sich greifen. Wir haben Angst um diese Gesellschaft, wo innerhalb weniger Monate immer wieder Menschen Opfer von rechtem Terror wurden: Der Mord an Walter Lübcke, die Morde von Halle und nun das Massaker in Hanau. Jetzt heißt es, innezuhalten und zu trauern. Wir fordern alle Menschen auf, sich gemeinsam gegen die rechte Gewalt zu stellen – für eine starke, tolerante und weltoffene Demokratie.“

Galau als Vizepräsident ungeeignet

Landtags-Vizepräsident Andreas Galau (AfD) hat seine Zustimmung verweigert, den Anschlag von Hanau zum Thema einer Aktuellen Stunde zu machen. Dazu erklären die Vorsitzenden der LINKEN im Landtag, Kathrin Dannenberg und Sebastian Walter: „Wir sehen uns in unserer Entscheidung bestätigt, Andreas Galau bei der Wahl des Landtagspräsidiums nicht gewählt zu haben: Unsere Befürchtung war, dass er die Partikularinteressen der AfD in das überparteiliche Amt eines Vizepräsidenten tragen würde, und genau das tut er jetzt – nicht zum ersten Mal, dieses Mal aber in besonders krasser Weise.

Galau scheint zu fürchten, dass in einer Aussprache über den rechten Terror in Deutschland auch die rassistische Hetze aus weiten Teilen seiner Partei zum Thema wird. Deshalb handelt er aus parteipolitischem Kalkül. Für das Amt des Vizepräsidenten erweist er sich damit als ungeeignet.

Kalenderblätter März

1770

Friedrich II.: „Seid nett zu Fremden“

Friedrich II. ruft am 5. März seine Untertanen auf, Fremden freundlich zu begegnen und sie umfassend zu unterstützen. Er ruft die Behörden auf, die Neusiedler allseitig zu unterstützen und fordert die Neusiedler auf, Alteingesessene anzuzeigen, die sich nicht entsprechend benehmen, damit sie bestraft werden können.

1850

Nikolaikirche wieder neu

Die zweite Einweihung der Nikolaikirche mit Kuppel findet am 24. März statt. Die Kosten für den Kuppelbau betragen 624.487 Taler. Die Weihe nimmt Superintendenten Johann Jacob Ebert (1798–1853) vor.

1920

Machterhalt, mit allen Mitteln

Der Potsdamer Garnisonskommandant Generalmajor Walter von der Hardt gibt am 15. März im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch folgenden Befehl heraus: „Ich habe die vollziehende Gewalt im Stadtkreis Potsdam übernommen. Demzufolge sind Truppen der Garnison Potsdam, Sicherheitspolizei, Einwohnerwehr und Technische Nothilfe Potsdam, sowie Reichswasserschutz (Mark West) meinem Befehl unterstellt [...] Der Streik wird mit allen Mitteln unterdrückt werden [...] Im besonderen sind alle Kundgebungen in Wort und Schrift, die sich gegen die neue Regierung richten, und zum Streik auffordern, zu unterbinden, betreffende Personen in Schutzhaft nehmen...“

1935

Knast für „Heil Moskau“

Das Potsdamer Schöffengericht verurteilt am 12. März Paul K. aus Nowawes zu drei Monaten Gefängnis. Ihm war vorgeworfen worden, im November 1934 in einem Berliner Lokal die Gäste mit „Heil Moskau“ begrüßt zu haben.

1945

Deserteur ermordet

Am 7. März um 08.03 Uhr wird der Leihbuchhändler Rudolf Erich Kunz, wohnhaft in Bonn Ermekeilstr. 30) als Deserteur „...laut Urteil...“ in Potsdam hingerichtet (geb. 14. 08. 1906).

1950

Normübererfüllung im Karl-Marx-Werk

Die Frauen der mechanischen Werkstatt des VEB Lokomotivbau „Karl Marx“ Babelsberg treten am 1. März in einen Wettbewerb, um bis zum 08. 03. („Internationaler Frauentag“) die Produktion und die Qualität zu steigern. Zu Ehren des Internationalen Frauentages werden folgende Ergebnisse erreicht: Schleiferin Ursula Anders, 18% Normübererfüllung; Bohrerin Schünemann 19% Normübererfüllung und Revolverdreherin Annemarie Fechtner 33% Normübererfüllung.

1960

Großkundgebung zum Frauentag

Anlässlich des 50. Jahrestages des Internationalen Frauentages findet am 8. März eine Großkundgebung der Kreisvorstände Potsdam des FDGB und des DFD auf dem Bassinplatz statt. Auf der Tribüne: Paula Gürth, Vorsitzende des Bezirksvorstandes Potsdam des DFD, Herbert Puchert, 1. Sekretär der Stadtleitung Potsdam der SED, und Wilhelm Rescher, Oberbürgermeister. 2.500 Teilnehmerinnen hören die Worte des 1. Sekretärs der Stadtleitung Potsdam der SED: „Genosse Puchert beglückwünschte in einer kurzen Ansprache die Frauen zu diesem besonderen Tag. Er betonte, dass die Frauen und Mädchen unserer Republik mit den friedliebenden Frau-en aller Kontinente solidarisch verbunden sind und viel dazu beitragen, dass der Frieden die Kriegswolken für immer vertreibt. Das tun unsere Frauen am besten, indem sie tatkräftig bei der Lösung der ökonomischen Haupt-aufgabe und bei der Erfüllung des Siebenjahrplans mithelfen. Die Kundgebung schloss mit dem Gesang der Nationalhymne.“

1985

Freundschaftsvertrag zwischen Binnenschiffern und Sowjetsender

Ein Freundschaftsvertrag zwischen dem Flottenbereich untere Havel des VEB Binnenreederei und dem sowjetischen Soldatensender „Wolga“ wird am 31. März abgeschlossen. Anlass ist der 40. Jahrestag „...des Sieges der Sowjetarmee über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes von der Naziherrschaft...“ (BNN, 02. 04. 1985). Die Partner verpflichten sich darin, „...einen konkreten Beitrag zur Festigung der Freundschaft zwischen beiden Staaten zu leisten...“ (gleiche Quelle) - regelmäßige Erfahrungsaustausche, Gespräche zur gesellschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion und der DDR, Begegnungen zu gesellschaftlichen Höhepunkten, kulturelle und sportliche Veranstaltungen sind im Arbeitsplan enthalten.

Wie, wo und warum wird der Frauentag gefeiert?

Frauen kämpfen seit Jahrhunderten für ihre Rechte: bessere Arbeitsbedingungen, gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit und die Gleichstellung der Frau! Am 8. März wird weltweit der Frauentag oder auch „Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden“ begangen. Seit 2019 ist der Internationale Frauentag in Berlin ein gesetzlicher Feiertag.

Der Frauentag entstand in der Zeit um den Ersten Weltkrieg, als Frauen verstärkt um Gleichberechtigung und Wahlrecht kämpften. 1910 setzte sich Clara Zetkin auf der „Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz“ erstmals für die Einführung eines internationalen Frauentages ein. Es folgte am 19. März 1911 der erste Frauentag in Deutschland, Dänemark, Österreich-Ungarn sowie der Schweiz. Unterstützung erhielten die Frauenrechtlerinnen von den Sozialdemokraten, die im Wahlrecht für Frauen die Chance sahen, ihre Anhängerschaft zu vergrößern. Am 12. November 1918 wurde das Wahlrecht für Männer und Frauen über 20 Jahren verkündet und die Vorkriegsforderungen der Frauenbewegung somit erfüllt. In den folgenden Jahren fand der Frauentag in Deutschland weiterhin statt, um Forderungen wie zum Beispiel niedrigere Lebensmittelpreise und legale Schwangerschaftsabbrüche mehr Ausdruck zu verleihen. Zwischen 1933 und 1945 wurde er aufgrund seines sozialistischen Ursprungs abgeschafft und in der DDR am 8. März 1946 wieder eingeführt, während er in der BRD erst in den 60er Jahren stärker ins Bewusstsein rückte. 1977 beschloss die UN-Generalversammlung den 8. März als internationalen Frauentag anzuerkennen.



Ein paar Besonderheiten: In der Autonomen Region Kurdistan gibt es seit 2012 den „Tag des traditionellen kurdischen Kleides“ am 8. März - eine Alternative zum Internationalen Frauentag.

1909 gab es den ersten Frauentag in den USA, der als Vorbild für die deutsche Frauenbewegung fungierte.

Und Russland? Wenn der Internationale Frauentag auf einen Samstag oder Sonntag fällt, ist der darauf folgende Montag in Russland arbeitsfrei. Nicht ganz so „freigiebig“ ist man in China: Am 8. März ist nur der Nachmittag für Frauen frei.

Straßennamenschilder für Menschen mit Sehbehinderung



Mit einem Antrag fordere ich die Verwaltung auf, an ausgewählten und stark frequentierten Straßenkreuzungen und Plätzen Straßennamenschilder für Menschen mit Sehbehinderung zu montieren. Die ertastbaren Straßennamensschilder sind eine gute Lösung, die zur Verbesserung der Barrierefreiheit beiträgt. Menschen mit körperlichen Einschränkungen könnten sich so freier in der Stadt bewegen und am öffentlichen Leben teilnehmen. Ein Schritt zu mehr Inklusion und Integration von sehbehinderten Menschen in Potsdam.
Die Oberlin-Werkstätten haben mir dankenswerterweise bereits ein Model angefertigt. So könnte es aussehen. Ich würde mich freuen, wenn wir gemeinsam dieses Projekt realisieren können.

Sascha Krämer, Stadtverordneter

Mehr Personal für Wohnen

Insbesondere auf Drängen der Linksfraktion hat Potsdam seit 2015 ein anspruchsvolles Konzept für bezahlbares Wohnen. Hintergrund ist die schwierige Wohnungssituation in der Landeshauptstadt. Nach der Kommunalwahl im vergangenen Jahr hat es immer wieder Initiativen aus der Stadtverordnetenversammlung zur Verbesserung der Wohnbedingungen gegeben. Dazu gehört der Antrag der Linken zur Prüfung eines Mietendeckels und der Kampf um die Einrichtung einer Wohnungstauschzentrale sowie die Schaffung einer städtischen Regelung zur Verhinderung der Zweckentfremdung von Wohnraum. Damit werden aus der Politik klare Vorgaben gemacht, die zugleich einen dringenden Handlungsbedarf aufzeigen. Allerdings haben die letzten Monate gezeigt, dass die Verwaltung mehrfach vorgegebene Termine nicht gehalten hat. Bezüglich einer städtischen Satzung zur Umsetzung von Wohnraumzweckentfremdungsverboten wurde in Aussicht gestellt, dass die Verwaltung dafür noch bis Ende dieses Jahres Zeit braucht. Grund dafür ist offensichtlich die unzureichende Personalausstattung im zuständigen Fachbereich. Deshalb beantragt die Linksfraktion, dass der Oberbürgermeister unverzüglich Maßnahmen ergreift, um für eine aufgabengerechte Personalausstattung in diesem wichtigen Bereich zu sorgen. Nur so wird es möglich sein, dass die bereits ausgesprochenen Aufträge an die Verwaltung zeitnah erfüllt werden. So ist in der Januarsitzung auf Antrag der Kooperation beschlos-



sen worden, die Umsetzung des städtischen Wohnkonzepts zu evaluieren und Vorschläge für eine Weiterentwicklung vorzulegen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Für eine faire Lösung im Interesse der Klinikmitarbeiter*innen

Das Bürgerbegehren für faire Bezahlung der Mitarbeiter*innen des Potsdamer Klinikums ist von der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung am 29. Januar 2020 für zulässig erklärt worden. Damit ist die Kuh aber noch lange nicht vom Eis. Nun liegt der Ball erst einmal bei der Brandenburgischen Kommunalaufsicht, die die Rechtmäßigkeit des Bürgerbegehrens prüft. Die Verwaltung und das Klinikum diskutieren derzeit eine Stufenlösung zur Erlangung einer tarifgerechten Entlohnung der Pflege- und Servicekräfte im Klinikum Ernst von Bergmann. Bis 2025 soll dies umgesetzt werden. Damit bestünde eine Möglichkeit, das Klinikum und seinen Gesellschafter, die Landeshauptstadt Potsdam, nicht vor finanzielle Engpässe zu stellen und dringend erforderliche Investitionen für das Klinikum dennoch umsetzen zu können. Und damit meine ich nicht den Bau einer 9. Etage für Privatpatient*innen. Denn: Gesundheit ist ein hohes Gut – und alle Bürger*innen haben großes Interesse an einer qualitativ hochwertigen medizinischen Betreuung. Und mit dieser Stufenplanlösung bestünde m. E. nach auch die Chance, nicht die derzeit im Raum stehende Drohung – Klinikum oder freie Förderung von Kultur- und Sozialprojekten, zu verhindern. In den nächsten Tagen und Wochen werden wir gemeinsam nach Lösungen suchen müssen, die keinen gegeneinander ausspielen und dennoch dem Klinikum und seinen Beschäftigten einen gangbaren und zugleich ehrlichen Weg in die Tarifentlohnung aufzeigen.

Jana Schulze

„CDU mit Orientierungsproblemen"

Offenbar gänzlich unbeeindruckt von den Ergebnissen der Anhörung des Hauptausschusses zur Garnisonkirche stellt die CDU den historischen Wiederaufbau des Kirchenschiffs ins Zentrum ihrer politischen Bemühungen. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende der LINKEN. Stefan Wollenberg: „Offenbar hat in der CDU auch der Orientierungssinn gelitten, denn sie diskreditiert den Vorschlag des Oberbürgermeisters zu einer offenen Debatte um die Gestaltung des Ortes unter Anerkennung von Rechenzentrum und Garnisonkirchturm als „rückwärtsgewandt", während sie ihren eigenen Einsatz für ein historisches Kirchenschiff als „progressiv" bezeichnet. Kleiner Tipp: im allgemeinen Sprachgebrauch gilt die Orientierung auf Vergangenes als „rückwärtsgewandt", während die Suche nach neuen Lösungen als „progressiv" gilt. Nicht einmal die Stiftung und die Fördergesellschaft agieren ähnlich „rückwärtsgewandt" wie die CDU-Fraktion und zeigen sich für eine Debatte der Stadtgesellschaft offen. Demokratie, liebe Kolleg*innen von der CDU, ist nicht nur die Kunst des „Überzeugens" sondern auch die Fähigkeit, deutliche Mehrheiten als solche zu erkennen und zu akzeptieren. „Der, der sich auf seine Meinung zurückzieht und nur diese als einzig richtige zulässt, der spaltet die Gesellschaft. Diejenigen, die sich auf einen ergebnisoffenen Dialog mit den Akteuren der Zivilgesellschaft einlassen, die versuchen die Spaltung zu minimieren. Die Türen wurden aufgemacht und der Debatte neuen Raum gegeben. Lasst uns den Raum zwischen Turm und Rechenzentrum neu denken. Rekonstruierter Barock, sanierte Ostmoderne und was Neues (Modernes) als verbindendes Element dazwischen. Brüche der Geschichte architektonisch und inhaltlich darstellen", ergänzt Sascha Krämer.

Streit um Verlagerung des Strandbades Babelsberg

Die seit langem verfolgte Verlagerung des Strandbads Babelsberg kommt in die heiße Phase. Die Verhandlungen zwischen der Schlösserstiftung der Stadt und den Stadtwerken haben zu einer Vorlage des Oberbürgermeisters für die Stadtverordnetenversammlung geführt. Ziel der Transaktion ist vor allem, die historische Wegebeziehung im Park Babelsberg wiederherzustellen. Zugleich soll eine dauerhafte Bleibe für den Seesportklub entstehen, dessen Vertrag mit der Stiftung schon 2017 ausgelaufen war. Dazu gehört ein Grundstückstausch zwischen der Stadt und der Stiftung. Die vorhandenen alten Gebäude, insbesondere das vom PSSC bisher genutzte ehemalige GST-Gebäude (gehört der Schlösserstiftung) sollen abgerissen und ein neues zentrales Funktionsgebäude auf einem dann städtischen Grundstück errichtet werden. Auf einer gut besuchten Informationsveranstaltung in Zentrum Ost gab es viel Kritik und Unverständnis insbesondere von Nutzern des Strandbades, die vor allem befürchten, dass es zu einer deutlichen Verkleinerung des Bades kommt. Massiv kritisiert wird auch das vertraglich vorgesehene Vorgehen gegen „wildes Baden" außerhalb des Strandbades. Die Linksfraktion nimmt diese Kritik sehr ernst und prüft intensiv, welche Veränderungen an der Vorlage erforderlich sind, um eine Verschlechterung der gegenwärtigen Situation zu vermeiden.

Uferwegbeauftragter wird ausgeschrieben

Es hat lange gedauert, aber jetzt wird die seit mehreren Jahren vakante Stelle des oder der Uferwegbeauftragten neu ausgeschrieben. Dafür hat die Linksfraktion mit einem Antrag gesorgt, der in der Januarsitzung der SVV zwar nicht mehr behandelt werden konnte, aber dennoch die gewünschte Wirkung erzielt hat. Auf unsere Forderung hin wurde im Hauptausschuss mitgeteilt, dass die Ausschreibung Ende Februar erfolgt. Vor dem Hintergrund der großen Probleme mit dem Uferweg am Griebnitzsee, in Groß Glienicke usw. ist es von großer Bedeutung, dass diese wichtige Aufgabe in absehbarer Zeit wieder koordiniert und mit Nachdruck verfolgt wird.
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Flüchtlinge brauchen unsere Menschlichkeit



Die „Seawatch“ rettet heute Menschenleben aus dem Mittelmeer.

Am 27. Januar 1945 erreichten Soldaten der Roten Armee das Vernichtungslager Auschwitz. Bei den Kämpfen um die Stadt Oswiecim fielen 231 Rotarmisten, 66 von ihnen auf dem Lagergelände.
Zu diesem Zeitpunkt befanden sich noch 7.000 Häftlinge auf dem Gelände. Es waren zumeist nicht mehr arbeitsfähige, kranke und sterbende Menschen unter ihnen hunderte Kinder. Am 18. Januar hatte die SS etwa 58. 000 Häftlinge auf Todesmärsche getrieben. Auschwitz wurde zum Symbol für den faschistischen Rassenwahn, dem in Europa etwa 6 Millionen Juden, ca. 500.000 Sinti Roma und Hunderttausende Menschen, die nicht in das rassistisch determinierte Menschenbild der Faschisten passten, zum Opfer fielen. In den ungeheuerlichen Zahlen drohen die einzelnen Schicksale zu versinken. Deshalb soll anlässlich des Holocaustgedenktages 2020 an Menschen erinnert werde, deren Schicksal eng mit Potsdam verbunden ist.
In der damaligen Berliner Straße 17 betrieb Albert Feist bis zum Sommer 1933 einen Tabak Groß- und Versandhandel, den er im Sommer 1933 verpachtete und 1935 verkaufte. Die Familie bemühte sich, Deutschland zu verlassen. Alberts Bruder Julius war bereits nach Belgien emigriert. Dort überraschte ihn am 10. Mai 1940 der Angriff der deutschen Wehrmacht auf Frankreich und die Beneluxstaaten. Albert Feist, seine Frau Betty und der Sohn Gerhard waren bemüht, mit den emigrierten Familienangehörigen Kontakt zu halten. Nach dem 10. Mai 1940 wurde der Bruder als feindlicher Ausländer inhaftiert und kam schließlich in den unbesetzten Teil Frankreichs und dort in das berüchtigte Camp de Gurs. Da Albert bereits wegen Verstößen gegen die Namensordnung und die Kennkartenordnung angeklagt worden war, bemühte er sich diesen Postverkehr korrekt abzuwickeln und gab seine Post unter Vorlage seiner Kennkarte auf der Potsdamer Hauptpost auf. Am 30. Januar 1941 schrieben die Feists einen Brief an Julius, den sie diesmal nicht direkt nach Gurs schickten, sondern sie baten das Komitee zur Hilfeleistung für die kriegsbetroffene jüdische Bevölkerung in Genf um Weiterleitung des Briefes. Dieser Brief geriet in die Hände der Gestapo in Potsdam. Er war ein Verstoß gegen die Verordnung über den Nachrichtenverkehr, die seit April 1940 den unmittelbaren und mittelbaren Postverkehr mit dem feindlichen Ausland verbat. Das Strafmaß für Verstöße dagegen erstreckte sich von Geldstrafen bis zur Todesstrafe. Bis Januar 1941 war der Postverkehr mit Zivilinternierten im unbesetzten Teil Frankreichs gestattet. Viele Betroffene versuchten nun ihre Post über Hilfsorganisationen in der Schweiz zu versenden und verstießen gegen das Verbot der mittelbaren Kontaktaufnahme.



Die Irrfahrt der St. Louis war eine Reise von 937 nahezu ausnahmslos deutschen Juden auf einem Passagierschiff der Hamburger Reederei HAPAG, im Mai–Juni 1939 von Hamburg nach Kuba und zurück nach Antwerpen. Die Passagiere wollten, um dem NS-Regime zu entkommen, nach Kuba auswandern, erhielten aber weder dort noch in den USA und Kanada eine Landeerlaubnis. Sie wurden schließlich in Antwerpen von Bord gelassen und auf Belgien, die Niederlande, Frankreich und Großbritannien verteilt.

Am 12. Juni 1941 kam es zur Anklage beim Landgericht Potsdam. Die Abwehrstelle der Wehrmacht behandelte in einem Gutachten die Angelegenheit als leichten Fall des Gesetzesverstoßes. Das Gericht verurteilte Albert Feist am 30. Oktober 1941 zu einer Strafe von 50,00 Reichsmark, die er am 25.11.1941 bezahlte.
Am 13. Januar 1942 wurden Albert, Betty und Gerhard von Berlin nach Riga deportiert. 1.027 Menschen befanden sich in dem Zug. Von ihnen haben zehn Menschen überlebt, unter ihnen Betty.
Der wohl letzte Brief an Julius ist die Antwort auf einen Brief aus Gurs. Albert freute sich über das Lebenszeichen und Gedichte, die Julius geschrieben hatte, und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, noch 1941 in die USA ausreisen zu können. Der Kriegseintritt der USA am 8. Dezember 1941 zerstörte diese Hoffnung. Seit 1933 wurde die jüdische Bevölkerung Deutschlands und seit März 1938 auch die Juden Österreichs durch immer neue Sondergesetze ihrer persönlichen Würde und wirtschaftlichen Basis beraubt. Als Reaktion auf Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung versuchte, wer irgendwie konnte, das Land zu verlassen. Als Reaktion auf diesen Exodus verschärften fast alle Länder ihre Visabestimmungen. Angesichts dieser Situation hatte der amerikanische Präsident Roosevelt im Juli 1938 eine Konferenz in Évian einberufen. Vertreten waren 32 Länder und 39 Organisationen und Hilfskomitees. Doch die Konferenz scheitert an Hartherzigkeit, Nationalismus und Rassismus. Die Odyssee des Flüchtlingsdampfers St. Louis wurde zum Symbol des moralischen Versagens der Weltgemeinschaft im Angesicht einer heraufziehenden Katastrophe. Das Schiff hatte am 13. Mai 1939 den Hamburger Hafen mit dem Ziel Kuba verlassen. An Bord waren 937 Passagiere, fast ausnahmslos deutsche Juden. 14 Tage später verweigerte die kubanische Regierung das Anlegen des Schiffes, weil es neue Visabestimmungen gab. Nur 29 Passagiere durften von Bord. Das gleiche Drama spielte sich vor den Küsten der USA und Kanadas ab. Die Regierungen verweigerten auf innenpolitischen Druck hin, das Anlegen des Schiffes, so dass es nach Europa zurückkehren musste. Immerhin hatten der Vizedirektor des in Évian ins Leben gerufenen Zwischenstaatlichen Komitees und der Kapitän des Schiffes erreicht, dass die Passagiere nicht in Hamburg von Bord mussten. Sie fanden in Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien Aufnahme. Von den 937 Passagieren der St. Louis haben mindestens 254 die Shoah nicht überlebt. Hunderttausende verloren den Wettlauf mit der Zeit um rettende Papiere; darunter der Vater von Anne Frank.
Betrachtet man die Konferenz von Evian, dann fühlt man sich böse in die Gegenwart versetzt, in der der deutsche Innenminister die Rettung von Kindern aus den griechischen Lagern torpediert, in dem er auf eine internationale Lösung setzt. Die Argumente sind mit denen von Evian zum Teil deckungsgleich. Die Warnung der Münchner Historikerin Mirjam Zadoff in einem SPIEGEL-ONLINE-Interview ist aktueller denn je.: "Der Blick zurück lehrt eines: Wenn wir Flüchtlinge nicht mehr als Menschen betrachten, sondern nur mehr als Bedrohung zahlen wir einen hohen Preis und büßen unsere Menschlichkeit ein."

Dr. Almuth Püschel

Auf jeden Topf passt ein Deckel auch bei der Miete



Kein politisches Thema hat Berlin im vergangenen Jahr so bewegt, wie das Herzensprojekt der dortigen LINKEN: Der Mietendeckel. Dieser friert die Mieten mit dem Stichtag 18.06.2019 ein und macht es Mieter*innen sogar möglich, eine Mietsenkung einzuklagen, sollte die Miete mehr als 20 Prozent über den Mietobergrenzen liegen. Letztere sind abhängig vom Ausstattungsstandard. Große Teile der Immobilienbranche laufen Sturm gegen das Vorhaben – ein sicheres Zeichen dafür, dass dieser linke Vorschlag im Gegensatz zur wirkungslosen Mietpreisbremse von Union und SPD sein Ziel trifft. Ebenso viel Beachtung wie die Verabschiedung des Gesetzes wird nun dessen Umsetzung erhalten. Denn klar ist: Die Mieten sind in den vergangenen Jahren nicht nur in Berlin explodiert und auch andernorts besteht Veränderungsbedarf.

Rasanter Mietenanstieg im Speckgürtel

Neben anderen Großstädten sind davon vor allem die Metropolregionen betroffen, damit auch der Berliner Speckgürtel. Egal ob Oranienburg, Bernau, Ludwigsfelde, Teltow oder Potsdam. Allen Städten gemein ist ein in den 90er Jahren nicht vermutetes Wachstum. Diese Trendumkehr war mehr als willkommen, stellt die betroffenen Gemeinden und Städte jedoch vor immer größere Herausforderungen. So gehört Potsdam mittlerweile zu den 10 teuersten Wohnregionen ganz Deutschlands, gleichauf mit Hamburg, bei durchschnittlich 10 Euro/qm Kaltmiete.* Noch düsterer sieht es bei Neuvermietungen und Neubauten aus. Und nachdem der Bestand quasi vollvermietet ist, wird es in den kommenden Jahren vor allem dieses Segment sein, das die wachsenden Städte untermauert.

Auch Brandenburg braucht einen Mietendeckel

Deutlich wird bei dieser kurzen Draufschau eines: bereits jetzt würde sich ein Mietendeckel nach Berliner Vorbild für viele Menschen lohnen. Sicherlich gibt es in Brandenburg auch Regionen, die nach wie vor mit anderen Problemen wie Leerstand und innerstädtischen Brachen zu tun haben. Das sollte uns aber nicht davon abhalten, geeignete Instrumente für die märkischen Wachstumsregionen zu entwickeln. Denn die Preisspirale zeigt: Der Markt bleibt einfach kein guter Gehilfe, wenn es darum geht, das Nötigste für alle zu verwirklichen. Deswegen ist es auch ein wichtiges Zeichen, dass sich die Brandenburger LINKE auf ihrem Parteitag Ende Februar für die Gründung eines Bündnisses für bezahlbares Wohnen in Brandenburg und eine echte Wende in der Mietenpolitik ausgesprochen hat.

*Grundlage dieser Berechnungen Neuvermietungen von Wohnungen, die ab 1949 fertiggestellt wurden.

Norbert Müller (MdB)

Keine Rendite mit der Miete

Nicht erst mit der Debatte um den Berliner Mietendeckel in den vergangenen Monaten wurde der immense Handlungsdruck in der Wohnungspolitik offenkundig. Die Unwirksamkeit der Mietpreisbremse, der massive Rückgang der Wohnungen mit Mietpreis - und Belegungsbindungen, das schnelle Wachstum einiger Kommunen, die Mietsteigerungen der vergangenen Jahre, die geringer werdende Leerstandsquoten und die begonnenen Verdrängungsprozesse in einigen Teilen des Landes Brandenburg belegen den enormen Handlungsbedarf. Hinzu kommt, dass Wohnungen und Boden zunehmend nutzungsfremde Anlage- und Spekulationsobjekte sind. Wohnen ist jedoch ein Grundrecht und muss der kapitalistischen Profitlogik entzogen werden. Noch haben wir in Brandenburg keine Mietpreise wie in Berlin, aber der Druck wächst auch hier zunehmend: in einigen Kommunen des Landes sind in den vergangenen Jahren Mietpreissteigerungen von bis zu 30% zu verzeichnen und nicht nur in an Berlin angrenzenden Kommunen sind Leerstandsquoten von unter 1% zum Alltag geworden. Wir brauchen gerade jetzt, wo Deutsche Wohnen und Co ihr Augenmerk auf Brandenburg legen, wirkungsvolle Maßnahmen, um die Preisexplosion und die Verdrängungsprozesse zu stoppen. Gewinne, die durch Mieten generiert werden. So erzielte Deutsche Wohnen 2018 ihre operativen Gewinne in der Höhe von 480 Mio Euro durch höhere Mieten. Diese Problemlagen sind im Land zwar vielschichtig und treten in unterschiedlichen Ausprägungen auf, aber es ist offensichtlich, dass Wohnen zu einem der Themen geworden ist, das die Brandenburger_innen überall umtreibt.

Was tun?

Der Landesparteitag der LINKEN Brandenburg hat am Wochenende des 21. – 23. Februar auf u.a. meine Initiative beschlossen die Mietenpolitik zu einem der Schwerpunkte der kommenden Jahre zu machen. Gemeinsam sollen Landesvorstand und Landtagsfraktion ein Konzept erstellen, das die unterschiedlichen Problemlagen in allen Teilen des Landes aufgreift und Gegenstrategien von der kommunalen bis zur Landesebene aufweist. In der Mietenpolitik gibt es eine ganze Reihe an Instrumenten, die auch auf kommunaler Ebene eklatante Entlastungen für die Mieter_innen und Mieter erwirken können. Beispielsweise können Milieuschutzsatzungen Bestandsmieter_innen schützen, sichert die Vergabe von Gründstücken in Erbbaupacht das Eigentum von Boden langfristig in öffentlicher Hand oder können kommunale Wohnungsbaugesellschaften neue Maßstäbe im Mieter_innenschutz setzen. Wir wollen all diese Aspekte zusammenbringen, mit den Mieter_inneninitiativen zusammenarbeiten und die Eigentumsfrage dabei nicht aus den Augen verlieren.

Isabel Vandre (MdL und SVV Potsdam)



„Defender 2020“ - eine gefährliche Provokation

Am 8. Mai wird es einen Staatsakt vor dem Bundestag zum 75. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus geben. Fast zur gleichen Zeit wird die NATO ein großes Manöver an der russischen Grenze durchführen. Das ist nicht nur eine gefährliche Provokation, es ist auch geschichtsvergessen. Es war die Rote Armee, die bis nach Berlin kommen musste, um den Faschismus zu zerschlagen.

Es ist die größte Truppenverlegungsübung seit 25 Jahren. 37.000 Soldaten, 20.000 Panzer und anderes militärisches Gerät werden bei dem Manöver „Defender 2020“ aus den USA an die russische Grenze verlegt. An der Übung sind 18 NATO-Partnerländer beteiligt. Auch die Bundeswehr wird das Manöver aktiv unterstützen. Tausende deutsche Soldaten sind an der Vorbereitung und Durchführung beteiligt.

Als Grund für das größte Manöver seit 25 Jahren gibt Generalleutnant Schelleis an: "Russland hat gezeigt, dass es willens ist, Grenzen in Europa mit militärischer Macht zu verschieben - durch die Annexion der Krim. Und das hat viele NATO-Mitglieder, insbesondere unsere östlichen Nachbarn, in Alarmzustand versetzt." Merkwürdig, dass die NATO keinen Anstoß an dem völkerrechtswidrigen Krieg, den das NATO-Mitglied Türkei in Syrien führt, nimmt.

Die US-Regierung will für diese Kriegsübung 340 Mio. Dollar ausgeben. Die geplanten Straßenrouten der US-Truppen sind Düsseldorf - Hannover - Magdeburg - Frankfurt/O" sowie Düsseldorf - Mannheim - Nürnberg - Dresden - Görlitz. Geschlafen wird in den "Rasträumen" Rheindalen, Augustdorf, Burg Lehnin, Oberlausitz, Garlstedt, Stadtallendorf und Frankenberg.

Die Friedensbewegung und auch DIE LINKE haben zu Protesten in den jeweiligen Orten aufgerufen. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf den Ostermärschen, die sich 2020 zum 60. Mal wiederholen.

Gesine Lötzsch, aus: infolinks, Märzausgabe

Berlinale Spotlight – Perspektive Deutsches Kino

„Welche Perspektiven eröffnet der deutsche Film? Und welchen filmischen Ausdruck finden die Regisseur*innen für ihre ersten Arbeiten? Die ‚Perspektive Deutsches Kino' zeigt, was die neuen Autorenfilmer*innen bewegt und welche Fragen sie an die Gesellschaft und ihre soziale und politische Ausrichtung haben." (Berlinale) Fast alle Filme der Berlinale-Sektion werden im direkten Anschluss an das Festival im Filmmuseum Potsdam zu sehen sein. Zu den meisten Vorführungen kommen Gesprächspartner*innen aus den Filmteams.

„Ein Fisch, der auf dem Rücken schwimmt": 4. März, 19:30 Uhr, R: Eliza Petkova, D: Nina Schwabe, Theo Trebs, Henning Kober, D 2020, 103' - Andrea, eine Frau ohne Vergangenheit, wird von Philipp ebenso begehrt wie von seinem Sohn Martin. In dem Liebesdreieck aus Erwartungen, Sehnsüchten und Ängsten bleibt offen, wer was von wem weiß. „Garagenvolk": 5. März, 19:30 Uhr R: Natalija Yefimkina, D 2020, Dok., 93' - Im unwirtlichen russischen Norden, zwischen Schnee und Beton, erstrecken sich bis ins Unendliche reichende Garagenfelder. Hinter rostigen Toren verbergen sich die geheimen Refugien des russischen Mannes: Projektionsflächen großer Träume, kleine Paradiese.

„Walchensee Forever": 6. März, 19:30 Uhr R: Janna Ji Wonders, D 2020, Dok., 110' Wenn es so etwas wie ein Familiengedächtnis gibt, das sich fortschreibt, dann kann es für das Handeln der Folgegenerationen bestimmend sein. Die Regisseurin erzählt die Geschichte der Frauen ihrer Familie zwischen Walchensee, dem Summer of Love, Hippie-Träumen und dem Harem um Rainer Langhans.

„Kids Run": 7. März, 19:30 Uhr R: Barbara Ott, D: Jannis Niewöhner, Lena Tronina, Eline Dienst, D 2020, 104' - Andis Leben besteht aus dem Kampf um seine Wohnung, seine drei Kinder und die Frau, die er immer noch liebt. Ihm bleiben nur noch zwei Wochen, um 5.000 Euro an sie zurückzuzahlen. Als er seinen Job verliert, sieht er nur noch eine Chance: Ein Amateur-Boxturnier.

„Schlaf": 8. März, 19:30 Uhr R: Michael Venus, D: Gro Swantje Kohlhof, Sandra Hüller, August Schmölzer, 100' Monas Alltag ist geprägt von der Sorge um ihre Mutter, die an dem Glauben zerbricht, ihre Albträume seien real. Die Suche nach Antworten führt Mona in ein eigentümliches Dorf, wo sie auf einen alten Familienfluch stößt, der sie bis in ihre Träume verfolgt.

Filmmuseum Potsdam, Breite Str. 1a/ Marstall, 14467 Potsdam. Kartenreservierung: 0331-27181-12, ticket@filmmuseum-potsdam.de

tipps & termine . tipps & termine . tipps & termine . tipps & termine . tipps & termine .

Himmelfahrts-Tour 2020

Ob der diesjährige Himmelfahrtsausflug im Frühling oder doch im Sommer stattfindet, ist nicht sicher. Aber sicher ist unser traditioneller Ausflug am 21. Mai, für den ein Bus von H&H-Reisen mit einem uns gut bekannten Lenker und einem erfahrenen Reiseleiter schon bestellt sind.

Die voraussichtliche Fahrt geht nach Osten in Richtung Oder. Sie bringt uns in den Naturpark Schlaubetal und in eine "Größere Niederlassung kleiner Metallbehausungen" (?), also nach Eisenhüttenstadt. Diese in ihrer Entstehung einmalige moderne Stadt werden wir rollend und laufend erkunden und dabei sicher auch das Stahlwerk und die Oder zu sehen bekommen. Der Kreisvorstand unserer Partei DIE LINKE. ist der offizielle Veranstalter und Förderer unserer Exkursion.

Interessenten können sich ab sofort unter der Tel.Nr. 0331/ 872933 anmelden. Weitere Einzelheiten über Zeitplan und eine evtl. finanzielle Beteiligung der Teilnehmer teilen wir im April mit.

Rudolf und Hella Drohla

Veranstaltungsreihe: 125 Jahre Kino

Vom Wintergarten zum Multiplex Foyerausstellung: „Vom Biophon zum Biomarkt. 111 Jahre Kino in Potsdam" Feierliche Eröffnung am 13. März 2020 Filmmuseum Potsdam, Breite Str. 1a/ Marstall, 14467 Potsdam Kartenreservierung: 0331-27181-12, ticket@filmmuseum-potsdam.de Am 1. November 1895 führten die Brüder Skladanowsky im Berliner Varieté Wintergarten „lebende Photographien" vor. Die Geburtsstunde des Kinos in Deutschland. Mit einer Film- und Veranstaltungsreihe feiern wir den 125. Geburtstag des Kinos und zeigen, wie sich die Aufführungspraxis über die Dekaden verändert hat. Vom Varieté zum Multiplex – über Jahrmarktkinos, Ladenkinos, Stummfilmpaläste, Kinos der 1950er, Freilicht- und Schachtelkinos – spielen wir durch, wie das Kinoerlebnis dort ausgesehen haben kann. Ein Annäherungsversuch an die Geschichte des gerade in seinen Anfängen äußerst vielgestaltigen Erlebnisortes Kino. Die gleichzeitige Foyerausstellung „Vom Biophon zum Biomarkt. 111 Jahre Kino in Potsdam" lädt zur Entdeckungsreise durch die Kino- und Stadtgeschichte Potsdams ein. Feierliche Eröffnung am Freitag, 13. März 2020, Filmmuseum Potsdam, Breite Str. 1a/ Marstall, 14467 Potsdam Kartenreservierung: 0331-27181-12, ticket@filmmuseum-potsdam.de

Ab 19 Uhr: Wintergartenprogramm R: Max Skladanowsky, D 1895, insges. ca. 8' Am Klavier: Ekkehard Wölk Vortrag: Chris van Uffelen (Architekturhistoriker) über Kinoarchitekturen im Wandel der Zeit. Mit Ausstellungsbesuch und Umtrunk. Eintritt frei



Die Melodie Lichtspiele, 1991
Foto: Filmmuseum Potsdam/Jörg Leopold

Vorab gemeldet: Schreibwettbewerb der Senioren

Die Arbeitsgruppe „Zeitzeugen" beim Seniorenbeirat der Landehauptstadt Potsdam bereitet ihren 2.Schreibwettbewerb mit dem Thema: „Wie die Wende mein Leben verändert hat" vor. Es ist zwar noch etwas Zeit, denn der Einsende Termin ist erst der 20. Mai, aber die folgenden Wochen sollten alle nutzen, schon mal darüber nachzudenken, was man so zu Papier bringen könnte. Die genaue Ausschreibung wird im April veröffentlicht.

Kurz notiert:

Mittwoch, 4. März, 18.00 Uhr, Roter Stammtisch im „NOWAWES", Großbeerenstr. 5, in Babelsberg

Freitag, 6. März, 18.00 Uhr, „Rotbloq" – Roter Bericht aus Berlin mit Norbert Müller, MdB

Sonnabend, 7. März, 18.00 Uhr, „Rotbloq" – Einführung in die feministische Theorie: Modul der Seminarreihe „Samstage für den Widerstand" der Linksjugend solid Brandenburg

Sonntag, 8. März, 10.00 Uhr, „Rathausreport live" im Kino Cafe „Kosum" am Thalia-Kino Babelsberg

Dienstag, 10. März, 18.00 Uhr, Rotbloq meets: Bürgerinitiative Ernst-von–Bergmann-Klinikum